

BEGRÜSSUNG und REDE am Anfang DEMO!

Ich möchte alle, in schwierigen Zeiten, bei der heutigen Demonstration begrüßen.

Wir gehen auf die Straße, weil vor 30 Jahren am 1. November 1993 ein Gesetz in Kraft getreten ist, das zu sozialen Leistungsabsenkungen, einer fremdbestimmten Sachleistungsversorgung, Bevormundungen und Ausgrenzungen für Geflüchtete führte, eine mindere Versorgung gesetzlich durchgesetzt wurde, die es zuvor in diesem Land nicht gab. Das AsylbLG trat in einem rassistischen Klima in Kraft. Zwischen 1990 und 1992 gab es in Deutschland 1.129 Brandanschläge gegen Unterkünfte von Geflüchteten.

**Wir fordern: AsylbLG abschaffen! „Soziale Rechte für alle, Jegliche Ausgrenzung beenden!“
Es gibt nur ein Existenzminimum!**

„**Soziale Rechte für alle**“ fordern wir für ALLE die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Deshalb gilt unser solidarischer Gruß an die Teilnehmenden der dezentralen Aktionstage „**AufRecht bestehen**“, die von Erwerbslosengruppen und -organisationen momentan bundesweit durchgeführt werden.

Die Diskussionen der letzten Wochen zeigen ein verkürztes und falsches Bild über aktuelle Herausforderungen. Nicht selten, werden dabei internationale Vereinbarungen, wie Menschenrechtskonventionen, UN-Pakte, die Genfer-Flüchtlingskonvention und selbst das Sozialstaatsprinzip des GG in Frage gestellt.

Wo liegen die Herausforderungen? Mehr als $\frac{3}{4}$ der Geflüchteten weltweit kommen laut UNHCR aus sechs Ländern. Angeführt von der Ukraine, Syrien, Afghanistan, Südsudan... und zwei weiteren Ländern.¹ 40 % der Geflüchteten zwischen 2016 und 2022 waren Minderjährige, also Kinder und Jugendliche.

Wer nun die Flüchtlingspolitik auf die Herausforderungen einer kommunalen Unterbringung verkürzt, diese in einem übersteigerten Maße als Belastung thematisiert, wird zu falschen Antworten und Schlüssen kommen. Wer die Diskussion durch rassistische Narrative nährt, (wollen nicht arbeiten, kommen wegen dem minimalen Sozialgeld, lassen sich die Zähne machen) betreibt eine Abwertung des Menschen mit dem Ziel ihnen Rechte abzusprechen.

Wir verneinen nicht die Herausforderungen. Wir sagen aber, sie sind politisch lösbar und wir müssen sie so lösen, dass es für alle Beteiligten gerecht ist. Jeder Mensch, hat das Recht, Rechte zu haben, wo immer sich der Mensch auf der Welt aufhält. Dafür muss man aber kämpfen! Und das ist unsere Aufgabe! Wer soll es denn sonst tun?

Das teilweise Chaos in den Kommunen hat viele Ursachen. Zum Teil ist es politisch gewollt und Folge ideologischer Politik, zum anderen ist es auch das Ergebnis einer falschen Aufnahmepolitik und geltender Gesetze. Unterkünfte in den Kommunen werden immer wieder auf und abgebaut, auch weil Leerstand vom Land nicht finanziert wird. Weiterhin werden Kommunen finanziell nicht entsprechend unterstützt oder es herrschen rassistische Ressentiments gegen Geflüchtete. In Sachsen wird wegen drohenden rassistischen Anschlägen über die Einrichtung einer Bannmeile um Flüchtlingsunterkünfte nachgedacht.² Weiterhin verhindert eine Pflicht im Lager zu leben, jeden Auszug, auch wenn eine private Bleibe zur Verfügung steht. Das starre Verteilungssystem ist gleichfalls

1 Herausforderungen des Flüchtlingsschutzes. Katharina Lumppp im Gespräch mit Andreas Pott, Report, Globale Flucht, Seite 79

2 <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bannmeilen-fluechtlingsheime-eingriff-in-versammlungsfreiheit/>

Ursache. Auch, dass anerkannte Geflüchtete einer Wohnsitzauflage unterliegen, verhindert und verkompliziert eine Arbeitsaufnahme.

Im Oktober 2023 haben sich europäische Kommunen in Brüssel getroffen und erklärt: **„Wir haben Platz“**. Sie fordern finanzielle Mittel die sie direkt aus einem EU-Topf abrufen können, ohne einen Umweg über die Nationalregierung. Die Städte müssen viel stärker gehört werden, fordert der Referent von der Städtenetzwerkarbeit Janne Grote aus Berlin. In den Verhandlungen zur GEAS ist das überhaupt nicht vorgesehen, meint er.³

„Mehr Macht den Städten und den Menschen, die dort wohnen“ – auf diese Formel bringt es der italienische Forscher Alagna. Er sieht darin die Chance auf eine **„Europäisierung von unten“**. In diesem Sinn müsste der Gedanke einer **Solidarity City in Freiburg**, einer Stadt von unten, wieder stärker aktiviert werden.

In diesem Zusammenhang freut es uns, dass Mimmo Lucano, ehemaliger Bürgermeister aus Riace/Italien, dem 13 Jahre Gefängnis wegen seiner jahrzehntelangen flüchtlingsolidarischen Politik in seiner Gemeinde drohten, von einem Gericht in fast allen Anklagepunkten freigesprochen wurde. **Dörfer und Städte, die zur Flüchtlingsaufnahme bereit sind, müssen besonders gefördert werden.**

Was bei den Diskussionen besonders auffällt, ist, dass die Betroffenen, also die Geflüchteten nicht an öffentlichen Diskussionen beteiligt werden. Über sie reden, aber nicht mit ihnen, sagt schon viel aus!

Ein kleiner Lichtblick ist vielleicht der **Global Pakt für Flüchtlinge**⁴ der von mehr als 150 Staaten auf UN-Ebene 2018 ohne Verpflichtungen beschlossen wurde. Dieser Global-Pakt will Antworten auf die weltweiten Fluchtbewegungen geben. Er geht auch davon aus, dass Menschen, die **„frei und gleich an Würde und Rechten geboren wurden“** das **„Recht haben, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.“** Grundlage bilden die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen.

Das nächste Global Refugee UN-Forum⁵, auch von afrikanischen Ländern organisiert, wird vom 12. bis 15. Dezember 2023 in Genf mit mehreren tausend Personen stattfinden. Das ist wohl zurzeit der einzige kleine Lichtblick heute.

Im Gegensatz zum Versuch eines UN-Global-Refugee-Pakt, sehen die Angriffe auf soziale, ökonomische und politische Rechte aus deutscher parteipolitischer und parlamentarischer Seite so aus:

MP Kretschmer CDU aus Sachsen fordert eine Grundgesetzänderung, will die Leistungen für Geflüchtete absenken, und greift das Sozialstaatsgebot (Art. 20) an. Jens Spahn nennt die GFK und die EMRK nicht mehr zeitgemäß. Markus Söder möchte das Grundrecht auf Asyl im GG abschaffen. Der Deutschlandtag der Jungen Union hat jüngst die Abschaffung des Asylrechts beschlossen. In Brandenburg fordern SPD, GRÜNE, CDU einen Lageraufenthalt von 18 und mehr Monate für Menschen ohne behauptete Bleibeperspektive. Sie sollen nur Sachleistungen erhalten und einem Arbeitsverbot unterliegen; In Sachsen will man minderjährige Geflüchtete nicht mehr in Regelschulen unterrichten. Weiterhin soll eine Bezahlkarte eingeführt werden, damit Geflüchtete nicht mehr mit Bargeld in Kontakt kommen, Finanzminister Lindner lässt prüfen, ob nicht mit Fisco-Blogging die Überweisung von Geldern durch Geflüchtete in ihre Herkunftsländer verhindert

3 <https://taz.de/Migration-nach-Europa/!5962549/>

4 <https://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

5 <https://www.unhcr.org/global-refugee-forum-2023>

werden kann, da behauptet wird, sie würden die minderen Sozialleistungen an ihre Familien überweisen und das führe zu einem Pull-Faktor weshalb Geflüchtete nach D. kommen.

35 CDU, FW und parteilose Landräte von Baden-Württemberg fordern einstimmig, so auch Wolfgang Schäuble (CDU), dass „*die deutschen Sozialleistungen auf ein europaweit harmonisiertes Niveau abgesenkt werden...sollen*“. Sie fordern die „*Rückgängigmachung des Rechtskreiswechsels*“ für Geflüchtete aus der Ukraine und dass Neuankommende wieder Leistungen nach dem AsylbLG erhalten. Weiterhin wollen sie, dass über die Regeln des AsylbLG hinaus eine Arbeitspflicht für 80Cent/h für Geflüchtete, also eine Art Zwangsarbeit, eingeführt wird. „*Die Standards für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Schutzsuchenden, auch von älteren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, soll überprüft und gegebenenfalls gesenkt werden.*“

Scholz möchte im großen Stil abschieben und Jens Spahn mit staatlicher Gewalt Menschen am Grenzübergang hindern. **Diese Vorschläge zeigen, es geht nicht mehr nur um eine Asylreform, es geht bei dem Paket der Vorschläge um einen Umbau der Gesellschaft und vor allem Rechts-Konservative, die es in allen Parteien gibt, sehen bei den Erfolgen der AfD ihre Chance soziale Rechte anzugreifen und abzuschaffen.**

All diese Vorschläge werden eine völkisch-autoritäre und rassistische Gesellschaftsform fördern. Sie werden das bereits prekäre Leben für Geflüchtete die in Substandards leben, noch weiter absenken, sie stigmatisieren und den Angriffen einer rassistischen Gesellschaft ausliefern und gewissen Parteien zu Mehrheiten bei Wahlen verhelfen.

Es fällt auf, dass sich die Angriffe auch gegen Menschen die Bürgergeld bekommen, richten. Innerhalb der CDU, von Spahn bis zum CDU-Generalsekretär Linnemann gibt es Diskussionen, die eine Reform, eine Halbierung des Bürgergelds bis hin zu seiner Abschaffung fordern. Auch hier werden elementare soziale Grundrechte angegriffen. **Auch das dürfen wir nicht zulassen.**

Unsere Forderung an alle!

**Werdet aktiv gegen jede völkisch-autoritäre Formierung in dieser Gesellschaft!
Sammelt und versammelt euch! Mischt euch ein!
Zeigt klare Kante gegen Rassismus, Sozialrassismus, gegen jede Form von Ausgrenzung!**

Wir brauchen eine außerparlamentarische unabhängige Bewegung, die auch den notwendigen Power auf die Straße bringt.

Schließt euch der Kampagne für die Abschaffung des AsylbLG an, bringt eure sozialen Forderungen mit ein, organisieren wir die nächsten bundesweiten Aktionstage, gehen wir weiter gemeinsam auf die Straße.